

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



Ausgabe 01/2014

16. Januar 2014

Polarisierende Diskussion bei Fachtagung der BG München zur Videoüberwachung

Die BG München veranstaltete Mitte Januar in Zusammenarbeit mit dem GdP-Ehrenvorsitzenden Harald Schneider eine Fachtagung zum brandaktuellen Thema Videoüberwachung durch die Polizei. Nach einer Begrüßung und Einführung zum Thema durch BG-Vorsitzenden Michael Bogatzki ging es neben der Überwachung von Haft- und Diensträumen in erster Linie um die aufgebrandete Diskussion um sogenannte „Body-Cams“, die gerade in Hessen in einem Pilotprojekt ausprobiert werden. Das erste Referat des Tages vom stv. GdP-Landesvorsitzenden aus Hessen, Lothar Hölzgen, stellte das Projekt „Body-Cam“ ausführlich vor. Hierbei trägt ein Kollege eine Kamera auf der Schulter mit einem Hinweisschild „Videoaufzeichnung“ mit sich. Die Aufzeichnung startet nur auf Betätigung und soll vor allen



Referent Lothar Hölzgen neben MdL Prof. Dr. Peter Paul Gantzer und Hubertus Andrae, Polizeipräsident von München.

Dingen zu Dokumentationszwecken dienen. Maßgeblich einzusetzen ist die Kamera bei Identitätsfeststellungen oder Aggressionen gegenüber Dritten. Rechtlich ausgeschlossen sind derzeit u.a. die Nutzung in Wohnräumen sowie die Aufzeichnung von Tonaufnahmen.

In der Bewertung hob Kollege Hölzgen die positiven Erfahrungen der Frankfurter Polizeibeamten hervor: Insgesamt sei in der Testphase seit Mai 2013 nur 34 Mal aufgezeichnet worden. Positives Ergebnis der Kamerastreife war zudem, dass die Widerstände gegen Polizeibeamte unter Videoüberwachung deutlich zurückgingen und kein Kollege im Testzeitraum verletzt wurde. Ein sehr positiver Aspekt, der jedoch in der Ausweitung des Pilots noch verifiziert werden muss. Die Kollegen vor Ort, die eine Einführung einer Videoüberwachung selbst initiiert hatten, haben dabei die Wahrheitsfindung im Auge, die durch ein „drittes, neutrales Auge“ befördert wird. Die Idee ist nicht zuletzt, das

eigene, korrekte Verhalten und das zusehends beleidigende und verletzend Auftreten mancher Bürger, vor allem wenn sie unter Alkoholeinfluss stehen, zu dokumentieren. Was die Kollegen aus Hessen sich noch wünschen, ist die einhergehende Tonaufzeichnung, da vielen heiklen Situationen immense Beleidigungen vorausgingen.

Nachdem die Teilnehmer diesen Ausführungen mit wohlwollendem Interesse lauschten, brach auch der stv. Leiter der Wiesn-Wache, Olaf Schleicher, eine Lanze pro Videoüberwachung. Er erzählte, dass die Kollegen auf der Wiesn-Wache nach anfänglicher Skepsis der eingesetzten Videotechnik positiv gegenüber stehen, da sie dabei helfe, in mancher unübersichtlicher Situation der Wahrheit zum Recht zu verhelfen. Aufgenommen werden auf der Wiesn-Wache neben den Diensträumen auch die Gefangenen-Sammelhaftzellen.

Diesen größtenteils positiven Aspekten der Videoüberwachung stellte nun Tobias Kühn, Ministerialrat beim Landesbeauftragten für Datenschutz einige Grenzen entgegen. Er trennte die



Tobias Kühn stellte in seinem Vortrag die Probleme der Videoüberwachung dar und regte damit die Diskussion an



Der stv. Leiter der Wiesn-Wache Olaf Schleicher referiert über die Dimensionen der Wiesn und die dortigen Erfahrungen mit Videoüberwachung

präventive Videoüberwachung (Art. 32 PAG) von der repressiven Videoüberwachung, die in § 100 h StPO geregelt ist. Während zur Klärung und Dokumentation von Straftaten das Einsetzen der Kameraübertragung schon bisher erlaubt sei, ist der präventive Einsatz von Kameras, wie derzeit in Hessen erprobt, in Bayern derzeit nicht vorstellbar. Tobias Kühn nannte als Grenzen: die Verhältnismäßigkeit im Einsatz von Kameras, keine flächendeckende Überwa-

Fachtagung der BG München zur Videoüberwachung

chung und konkrete Gefahrenabwehr, wobei sich der filmende Kollege auf konkrete Tatsachen und nicht auf Erfahrungswissen beziehen muss. Kühn warnte auch davor, mit einem Mehr an Kameraüberwachung bei der Polizei sowohl den Polizeibeamten als auch den gefilmten Bürger unter Generalverdacht zu stellen und mit einer stetigen Überwachung das Verhalten der Gefilmten zu verändern.

Bei der Podiumsdiskussion ging es dann auch hauptsächlich um den zeitnahen Einsatz von „Body-Cams“. Einigkeit bestand darin, die von Tobias Kühn aufgezeigten rechtlichen Grenzen zeitnah zu überarbeiten, um ein solches Pilotprojekt in Bayern auf saubere rechtliche Säulen zu stellen. Unisono war man auch der Meinung, keine flächendeckende Überwachung zu ermöglichen. Eher sollte man laut MdL



Politiker aus allen Landtagsfraktionen diskutieren über eine mögliche Nutzung der Videoüberwachung durch die Polizei in Bayern: die MdL Katharina Schulze (Grüne), Manfred Ländner (CSU), Moderator Harald Schneider, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD), Eva Gottstein (Freie Wähler) und Peter Schall (GdP)

Ländner die derzeitigen rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen und die verbesserte Technik bei der Videoüberwachung einsetzen. Eine Einschaltung des Landtags würde hier überflüssig viel Zeit in Anspruch nehmen.

Die GdP Bayern verfolgte die sogar unter den anwesenden Polizeibeamten zwiespältige Diskussion mit großem Interesse. Schon in ihrer Online-Umfrage ergab sich, dass eine Mehrheit der Kollegen eine bedarfsorientierte Überwachung wünscht. Die GdP sieht durchaus den Vorteil, das Problem Gewalt gegen Polizeibeamte besser einzudämmen. Aber letztlich fehlt hier noch aussagekräftiges Zahlenmaterial. Die ethisch schwierige

Debatte wird uns sicherlich über die kommenden Jahre hinaus begleiten.

GdP-Spitze trifft den neu konstituierten AK Innen der SPD-Fraktion

Im Rahmen der Antrittsbesuche bei den neu konstituierten Landtagsfraktionen besuchte die GdP nun den Arbeitskreis Innen der SPD, in dem nach dem Ausscheiden unseres Ehrenvorsitzenden Harald Schneider einige neue Gesichter zu finden sind. Neben Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, mit dem die GdP Bayern nach wie vor ein Mitglied in diesem Gremium hat, vertreten diesen nun der ehemalige Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert (zugleich Leiter des AK) sowie die MDL Harry Scheuenstuhl aus Mittelfranken und Klaus Adelt aus Oberfranken. Harald Schneider nahm an dem Treffen als perfekter Mittler sozusagen für beide Seiten teil; für die GdP waren Landesvorsitzender Helmut Bahr, sein Stellvertreter Peter Schall, der Vorsitzende der BG München, Michael Bogatzki, und Markus Wimmer von der Landesgeschäftsstelle vor Ort.

Bei dem Treffen, bei dem es in erster Linie um ein informelles Kennenlernen ging und an dem auch weitere parlamentarische Mitarbeiter der SPD teilnahmen, wurde ein aktueller Themenkatalog konzentriert abgearbeitet. Die GdP sprach sich klar gegen einen Rückzug der Polizei aus der Fläche aus. Viel mehr müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um personelle Verbesserungen für von Unterbesetzung betroffene Dienststellen zu erreichen. Ganz deutlich zur Sprache kam der Stellenabbau im Tarifbereich, der auch für die Beamten auf den Dienststellen zu spürbarer Mehrarbeit führe. Mit den tariflichen Fachkräften geht häufig ein geballtes Stück Erfahrung und Wissen verloren. Die weiterhin bestehende dreimonatige Wiederbesetzungssperre verstärkt diese Problematik dazu immens. Hier erklärte die SPD, dass noch mehr Anstrengungen unternommen werden müssen, um weitere Stellenstreichungen in den kommenden Haushalten zu verhindern.

Ausführlich vorgetragen wurden von Seiten der GdP die notwendigen Investitionen im Sachmittelhaushalt, die in der kommenden Legislaturperiode anstehen. Beim Thema Uniform stellte die GdP



V.l.: Harry Scheuenstuhl, Peter Schall, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harald Schneider, Dr. Paul Wengert, LV Helmut Bahr, Michael Bogatzki, Klaus Adelt

deutlich ihre primären Ansprüche heraus. Hier komme es vor allem auf verbesserte Funktionskleidung mit moderneren Textilien und Schnitten an. Diskutiert wurde dabei selbstverständlich auch über die Farbe, die jedoch in der weiteren Diskussion nach der Qualitätsfrage entschieden werden muss. Weiter bat die GdP um Unterstützung bei der dringend erforderlichen Neuanschaffung

GdP-Spitze trifft den neu konstituierten AK Innen der SPD-Fraktion

einer Dienstpistole. Auch bei der Besorgung von Neufahrzeugen gebe es eine riesige Versorgungslücke, die in den kommenden Jahren auf uns zukommen wird. Die GdP sprach sich bei der

Gelegenheit deutlich gegen weitere Leasingverträge aus, da diese nach Ablauf der Vertragszeit häufig mit immensen Folgekosten zu Buche schlugen.

Zu guter Letzt ging es bei der Debatte um Gewalt gegen Polizeibeamte darum, welche konkreten Maßnahmen hier getroffen werden müssten. Die SPD zeigte sich einer angedachten Strafrechtsverschärfung ge-



genüber skeptisch. Die GdP fordert den Wegfall der Subsidiaritätsklausel beim dienstlichen Rechtsschutz. Außerdem müsse der Dienstherr bei Schmerzensgeldforderungen von Kollegen

endlich in Vorleistung gehen und dürfe seine Beamten in einer Notsituation nicht im Regen stehen lassen. Als weitere Option zum Schutz der Kollegen vor Übergriffen wurde noch die Möglichkeit vermehrter Videoüberwachung diskutiert. Hier wurde auf die Resultate der Fachtagung der BG München verwiesen und ein weiterer Gedankenaustausch ins Auge gefasst.

Gewalt gegen Einsatzkräfte

Anlässlich der ausufernden Gewalt gegen eingesetzte Kräfte in Hamburg wurden 60 bayerische Kolleginnen und Kollegen teils schwer verletzt.

Allen verletzten Kolleginnen und Kollegen wünscht die GdP eine schnelle und vollständige Genesung.

Die GdP fordert nun die politisch Verantwortlichen dazu auf, die aus diesem Einsatz gewonnenen Erkenntnisse dazu zu nutzen, schnellstens eine verbesserte Einsatzrüstung (u.a. im Bereich Körperschutz und Kommunikation) zur Verfügung zu stellen.

Bundsvorsitzender Malchow kritisiert Verzögerung bei Vorratsdatenspeicherung

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist entsetzt über die Ankündigung des neuen Bundesjustizministers Heiko Maas, einen Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung erst nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vorzulegen. GdP-Bundsvorsitzender Oliver Malchow: „Das ist ein sicherheitspolitischer Fehlstart der Bundesregierung. Ohne Not wird ein dringend erforderlicher Gesetzentwurf auf Eis gelegt. Offenbar passt die seit Jahren verschleppte Vorratsdatenspeicherung nicht in das parteipolitische Konzept des Sozialdemokraten. Angesichts des gerade erst unterschriebenen Koalitionsvertrages ist dies nicht anders zu erklären.“

Die Polizeibeamtinnen und -beamten nähmen mit Sorge zur Kenntnis, so der GdP-Chef, dass nach der Maut- und der Zuwanderungsdebatte die Bundesregierung ein weiteres innenpolitisches Streitthema entfachte und damit den Eindruck von wenig konstruktiven Machtkämpfen erwecke. Malchow: „Nach Jahren kabinettinterner Konfrontationen in Fragen

der inneren Sicherheit erwarten Polizei und Bürger von der Großen Koalition klare Ansagen, gemeinsame Positionen und zügiges Handeln.“

GdP-Bundsvorsitzender Malchow bot Justizminister Maas ein Gespräch zu den strittigen Fragen an. Malchow: „Die GdP würde es begrüßen, wenn eine gleichermaßen praxistaugliche wie



rechtsstaatlich einwandfreie Regelung schnellstmöglich gefunden wird. Die Politik könnte die Chance ergreifen, gemeinsam und im Dialog mit den polizeilichen Praktikern, die Mindestspeicherung von Telekommunikationsdaten in Deutschland so zu regeln, dass diese auch als europaweite Blaupause taugen kann.“

Notwendig sei aber zugleich, so der GdP-Chef, die gesetzlichen Voraussetzungen der sogenannten Vorratsdatenspeicherung der Öffentlichkeit transparent zu erläutern. Polizeiliche Maßnahmen würden dann akzeptiert, wenn sie verstanden würden und womöglich diffuse oder auch konkrete Ängste ausgeräumt seien.



Innenminister Herrmann zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität

Pressemitteilung des Bayer. Innenministeriums vom 03.01.2014

„Die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität ist 2014 ein Arbeitsschwerpunkt der Bayerischen Polizei“, hat heute Bayerns Innenminister Joachim Herrmann in Schwandorf bekannt gegeben. Hintergrund sei, dass zunehmend international agierende Banden auch in Bayern ihr Unwesen treiben. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehört laut Herrmann die Verstärkung der Schleierfahndung auf überörtlichen Straßen und vor allem in Ostbayern. Auch werden Geräte zur automatischen Kennzeichenerkennung eingesetzt, um beispielsweise gestohlene Fahrzeuge schnell aufzugreifen, bevor sie ins Ausland verschoben werden. Zudem setzt sich der bayerische Innenminister für eine intensivere Zusammenarbeit und einen engeren Austausch zwischen bayerischer und tschechischer Polizei ein. „Wir werden alles dafür tun, um auch grenzüberschreitende Kriminelle und Schleuserbanden schnell hinter Gitter zu bringen“, steht für Herrmann fest. „Ein Mehr an Freiheit für die Menschen im zusammenwachsenden Europa darf nicht zu einem Weniger an Sicherheit führen!“

Eine große Rolle spielen dabei auch das bewährte Gemeinsame Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit in Petrovice-Schwandorf, so Herrmann weiter. Der bayerische Innenminister hat heute Polizeirat Josef Eckl von der Bayerischen Polizei als neuen Koordinator für die Arbeitsstelle Schwandorf ins Amt eingeführt. Eckl war bislang stellvertretender Koordinator und übernimmt die Führungsaufgabe von Polizeiberrat Johann Kröninger von der Bundespolizei. Turnusmäßig wechselt im Gemeinsamen Zentrum mit insgesamt 101 deutschen und tschechischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alle zwei Jahre der Koordinator auf deutscher Seite. Das gemeinsame Zentrum unterstützt die Sicherheitsbehörden beispielsweise bei Halteranfragen, bei kriminalpolizeilichen Ermittlungersuchen und in Rechtshilfefällen der Justiz. „Mit seiner großen Einsatzerfahrung unter anderem beim Unterstützungskommando und bei der Grenzpolizei bringt Polizeirat Eckl die besten Voraussetzungen für dieses wichtige Amt mit“, ist Herrmann überzeugt.

Eine bessere Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität macht Herrmann auch bei der Europäischen Donauraumstrategie zum Thema. An diesem Forum beteiligen sich 14 europäische Staaten. Bayern nimmt hier im Bereich ‚Sicherheit‘ in Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium und dem Innenministerium Bulgariens die Koordinatorenrolle wahr. Gemeinsam wurden bereits unter anderem Konzepte zur engeren Kooperation gegen schwere und organisierte Kriminalität entwickelt. Zudem setzt sich der bayerische Innenminister mit Nachdruck dafür ein, dass der EU-weite Austausch von DNA-Profilen, Fingerabdrücken und nationalen Fahrzeugregistern entsprechend der sogenannten ‚Prümer Beschlüsse‘ verbessert wird. „Durch den staatenübergreifenden Datenabgleich hatten wir bereits eine Vielzahl von beachtlichen Ermittlungserfolgen“, begründete Herrmann diesen Schritt. „Leider hinken einige der EU-Staaten bei der vollständigen Umsetzung der Prümer Beschlüsse noch hinterher.“ Beispielsweise funktioniere der Austausch von DNA-Profilen und Kfz-Registerdaten mit Tschechien noch nicht zufriedenstellend. Auch bei der hochgefährlichen Modedroge ‚Crystal‘ forderte Herrmann eine entschiedeneres Vorgehen, besonders gegen Drogenhändler und Drogenküchen in Tschechien.

Unverzichtbar ist nach den Worten Herrmanns das bayerische Er-

folgsmo-
dell der Schleierfahndung: „Allein bis Oktober 2013 konnten unsere bayerischen Schleierfahnder über 18.500 Straftaten hauptsächlich im Ausländerrecht, im Rauschgiftbereich und bei den Eigentumsdelikten aufdecken.“ Bayern habe 2013 kräftig in eine hochmoderne Fahndungsausstattung investiert und für knapp zwei Millionen Euro insgesamt mehr als 400 sogenannte Car-Pads angeschafft, eine Art Tablet-PC für Schleierfahnder. „Neben den Zugriff auf polizeiliche Fahndungssysteme erlauben die CarPads mittels mobiler Fingerabdruckscanner beispielsweise auch Schnellabgleiche in der Fingerabdruckdatenbank des Bundeskriminalamtes“, erklärte Herrmann. „Zudem können die bayerischen Fahnder unter anderem auch spezielle Dateien zur Überprüfung von Dokumenten und Fahrzeugen nutzen. Damit können wir beispielsweise Fahrzeugdieben schneller auf die Schliche kommen.“

Die verstärkten Kontrollen, vor allem im Bereich der Polizeipräsidien Oberfranken, Oberpfalz, Niederbayern, Oberbayern-Süd und Schwaben Süd/West, werden von der Bayerischen Bereitschaftspolizei unterstützt, ergänzte der Innenminister. Gleichzeitig werde die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei und dem Zoll weiter intensiviert, um den Kontrolldruck zu erhöhen. Wertvolle Ermittlungsansätze bei der Bekämpfung international agierender Täterbanden erwartet Herrmann auch von der automatischen Kennzeichenerkennung: „Jährlich erzielt die Bayerische Polizei durch die automatische Kennzeichenerkennung zwischen 6.000 und 7.000 Fahndungstreffer. Im Bereich der bandenmäßigen Kfz-Verschlebung können wir derzeit monatlich etwa 35 meist hochwertige Fahrzeuge sicherstellen, die sonst auf Nimmerwiedersehen ins Ausland verschwinden würden.“

Aktuelle Kriminalitätsentwicklungen haben es laut Herrmann nötig gemacht, einen besonderen Schwerpunkt auf die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität zu legen: „Beispielsweise überschwemmt die hochgefährliche Droge Crystal mittlerweile regelrecht den Rauschgiftmarkt.“ 2012 wurden in Bayern insgesamt 14,3 Kilogramm Crystal sichergestellt. Das sind 22 Prozent mehr als noch 2011. Bis Anfang Dezember 2013 betrug die sichergestellte Crystalmenge bereits über 34 Kilogramm. Auch beim Wohnungseinbruch gab es in den letzten Jahren deutliche Steigerungsraten, so Herrmann. 2012 nahmen die Einbrüche in Wohnungen und Einfamilienhäuser in ganz Deutschland wie auch in Bayern um rund neun Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. „Für das Jahr 2013 rechnen wir in Bayern mit einer weiteren Zunahme von rund zehn Prozent.“

Auch beim Diebstahl von Kraftfahrzeugen gibt es 2013 laut Herrmann eine unerfreuliche Entwicklung: „Hatten wir hier 2012 noch einen knapp zehnpromtigen Rückgang auf 2.076 Fälle, zeichnet sich für 2013 bis einschließlich November bereits eine leichte Steigerung der Kfz-Diebstähle um rund drei Prozent auf 1.916 Fälle ab.“ Aber nicht nur Einbrecherbanden kommen nach Bayern. „Menschen aus aller Welt erhoffen sich in Deutschland eine bessere Zukunft und reisen illegal ein“, erläuterte Herrmann vor dem Hintergrund der deutlichen Steigerung bis Ende November 2013 im Vergleich zu 2012 von knapp 40 Prozent auf 18.854 Fälle. „Häufig werden sie von Schlepperbanden dazu angestiftet und auch noch abkassiert.“ So stiegen die Fälle, bei denen Menschen von organisierten Banden nach Bayern eingeschleust wurden, auf 621 bis einschließlich November 2013 an. Im Gesamtjahr 2012 wurden in Bayern nur 473 Schleusungsfälle registriert.

WIR WOLLEN, DASS GdP-MITGLIEDER



TRÄUME LEBEN KÖNNEN

Lasst uns Euren ganz persönlichen Urlaubstraum planen – sonnige Reisen zu Traumstränden oder noch Wintersport in angesagten Ski- und Snowboardgebieten. Jetzt mit satten Frühbucherrabatten und sensationellen Ersparnissen. GdP-Mitglieder und deren Angehörige erhalten außerdem einen **5% Reisekostenzuschuss** bei Buchungen über unser Reisebüro „gdpservice-touristik“ auf:

- alle Pauschalreisen
- Kreuzfahrten
- Ferienwohnungen und Hotels mit Selbstanreise
- Kultur- und Studienreisen
- Reiseversicherungen
- Sonderangebote

www.gdpservicegmbh.de
Hotline: 089/57838824

